

# Metallarbeiter-Zeitung

## Wochenblatt des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes

Erscheint wöchentlich am Samstag.  
Preis vierteljährlich 5 Mark.  
Eingetragen in die Reichspost-Zeitungsliste.

Für den Inhalt verantwortlich: Paul Herrmann  
Schriftleitung und Verlagsstelle: Stuttgart, Rötterstraße 16 b II.  
Fernsprecher: Nr. 8800. — Postfachkonto Stuttgart 6808.

Anzeigengebühr  
für die sechspaltige Kolonnezeitung 5 Mark.  
Geschäftsanzeigen finden keine Aufnahme.

### Die Schutzmittel der Unternehmer

Das Unternehmertum in Deutschland hängt um seinen Profit. In Jahre des Krieges und der Nachkriegszeit waren glänzende Jahre der deutschen besitzenden Klasse. Aus dem Elend der Bevölkerung münzten sie blankes Gold. Je tiefer das Volk wirtschaftlich sank, je höher stieg die Profitrate des Unternehmertums. Eins stand mit dem andern in logischem Zusammenhang. Das Niedergehen der deutschen Wäsluta war für die nichtbesitzenden Volksteile ein automatisch wirkendes Druckmittel zur Verschlechterung ihrer Lebenslage. Wurde doch dadurch der ganze Wert des Geldes in immer größere Schwankungen versetzt und dessen Bedeutung als Austauschmittel immer mehr und mehr in Frage gestellt. Für das exportierende Unternehmertum wurde die Verschlechterung der deutschen Wäsluta eine Quelle des Reichtums und der wirtschaftlichen Macht. Wie auf diesem, so konnte auch auf anderen Gebieten das Kaufgesetz von Ursache und Wirkung in die Formel gebracht werden: steigende Wäslutenkung, wachsende Gewinne.

Den ökonomischen Vorsprung, den das Unternehmertum durch diese Entwicklung gewonnen hat, sucht es nun zu erhalten. Die Unternehmer befinden sich hierbei in einer glücklichen Lage: sie sind wirtschaftlich eine einzige, geschlossene, durch keinerlei religiöse oder politische Anschauung organisatorisch getrennte Interessengruppe. Dieser Umstand verleiht ihnen Angriff- oder Abwehrmaßnahmen eine potenzierte Wirkung. Die Erhaltung des jetzigen Vorsprungs und die Vorsorge für künftige Rücksfälle sucht das Unternehmertum auf verschiedenen Wegen und mit verschiedenen Zielen zu erreichen: Zuerst muß dafür gesorgt werden, daß die politische Macht fest in den Händen der Bourgeoisie bleibt. Die Zeiten müssen restlos wiederkehren, wo ein Minister in einer Sitzung von Unternehmern erklärte: Meine Herren, was wollen Sie, wir arbeiten ja nur für Sie! Allzugroße Besorgnis dieserhalb brauchen die Herren sich nicht zu machen. Im Reich sind sie heute unbestritten Herren der Lage. Wo in den Einzelstaaten sich noch Reste von Arbeitereinfluß befinden, wird mit Hochdruck auf deren Beseitigung hingearbeitet. In Preußen wird das Ministerium Braun-Severing zu beseitigen versucht, deren Maßnahmen den besitzenden Schichten manchmal un bequem wurden. Leider haben die Wahlen in Preußen den Reaktionen aller Schattierungen den Kammerriegel schwellen lassen. Die politische Macht, dieses gewaltige Schutzmittel der Unternehmer und ihrer Trabanten, wird immer mehr und mehr eine rücksichtslose Waffe zur vollständigen Niederwerfung der Arbeiterklasse. Bayern bietet dafür das beste Beispiel. Damit werden aber auch alle sozialpolitischen Fortschritte in Frage gestellt. Die Gefahr einer vollständigen Wiederherstellung der alten politischen Zustände ist durchaus in den Bereich des täglich Möglichen gerückt. Vielleicht gehen die Arbeiter eines Tages noch als Republikaner schlafen und erwachen als monarchische Staatsbürger. Wollte doch die Arbeiterschaft endlich einmal einsehen, was für sie politisch auf dem Spiele steht.

Auf wirtschaftlichem Gebiete liegen die Verhältnisse eher noch besser. Hier haben die Unternehmer ein Musterbeispiel geliefert, wie zur Verteidigung wirtschaftlicher Positionen in kurzer Zeit Organisationen aufgebaut werden. Sie verfügen vor allem uneingeschränkt über die Organisationen als Produzenten: die Kartelle und Syndikate. Fest geschlossene Vereinigungen, den letzten Betrieb umfassend, finanziell gerüstet, wie ein Uhrwerk funktionierend, damit ausgerüstet gebieten die Industriellen über Preise und Absatzbedingungen: Deutschland ist heute das Land der Monopole von Privatbesitzern geworden. Jeder Artikel, der in größerer Zahl hergestellt wird, wird in Preis, Absatz und Lieferungsbedingung gestützt durch ein Kartell oder ähnliche Vereinigung. Doch damit nicht genug. Der Machtbereich muß größer sein. Die amerikanischen Unternehmer, die infolge der dortigen Gesetzgebung nicht zur eigentlichen Kartellbildung kamen, halfen sich durch die Bildung von Trusts. Der Vorteil dieser Betriebskonzentration zeigte auch die deutschen Unternehmer zu ähnlichen Gebilden. Doppelt genährt hält besser. Also ging man dazu über, neben den starken monopolistisch wirkenden Kartellen Trusts zu schaffen. Die Trustentwicklung Deutschlands der letzten zwei Jahre stellt alles bisher dagewesene in den Schatten. In zusammengewallten Riesengebilden, denen Banken, Börsen usw. in jeder Form und jeder Gestalt zur Verfügung stehen, gebieten sie über die Produktion. Ein vertikal aufgebauter Trust ist ein Staat im Staate. Es findet innerhalb desselben ein Ausgleich der Produkte, eine Regelung und eine systematische Überwachung der Produktion bis ins feinste Glied statt, so daß die Schwankungen der Konjunktur nur sehr schwache Einwirkungen zeigen gegenüber dem Einzelunternehmen. So sind Kartelle, Syndikate und Trusts Schutz- und Trutzmittel der Unternehmer, die ihnen das ökonomische Übergewicht solange garantieren, als es nicht gelingt, Kompensationen von seiten der Arbeiter sowohl als Produzenten wie als Konsumenten zu schaffen.

Gegenüber den Arbeitern als Lohnslaven mußte die Schutzwehr der Unternehmerrückversicherung geschaffen werden. Die Arbeitgeberverbände feiern hier die größten, für jedermann in die Augen springenden Triumphe der organisatorischen Geschlossenheit. Sie sind zu beneiden. Und in einem gewissen souveränen Stolz konnte vor einiger Zeit der Unternehmerrückversicherer Dr. Langler schreiben:

... Diese gewaltige Arbeit (Abschluß von Kollektivverträgen) hat die Arbeitgeberverbände immer mehr gefestigt, den Zusammenhalt der Arbeitgeber gestärkt und zu kraftvollem Ausbau der Organisation geführt, die auch für die entsprechenden Zusammenschlüsse in den übrigen Industriezweigen vorbildlich geworden ist. Die gesamte deutsche Industrie und das Gewerbe mit ihren Hunderttausenden von Betrieben

und Millionen von beschäftigten Arbeitern haben sich fast in zweitausend Verbänden in der Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände zu einheitlicher und geschlossener Gesamtarbeit vereinigt. In einer Zeitungsmeldung war kürzlich zu lesen:

In der letzten Vorstandssitzung der Vereinigung der Arbeitgeberverbände wurde die Aufnahme von 26 Spitzgewerkschaften genehmigt. Dadurch ist die Vereinigung auf 191 starke, in sich gefestigte Industrie- und Bezirksverbände gewachsen, die 1310 Unterverbände mit 101 500 Betrieben und 6 1/2 Millionen Beschäftigten erfassen. Die entsprechenden Zahlen vom 1. Januar 1920 sind 130 Bezirks- und Spitzgewerkschaften und 575 Unterverbände mit 52 683 Betrieben und 4 021 042 Arbeitern. Es hat also im Laufe eines Dreivierteljahres die Stärke der Vereinigung ganz gewaltig zugenommen. Die Zahl der Spitzgewerkschaften ist um 61 gestiegen, die der Unterverbände um 735. Die erfasste Betriebszahl hat sich verdoppelt und die Zahl der erfassten Arbeiter und Angestellten hat sich um 50 Prozent vermehrt.

Keine „Reimzellen“, keine demagogischen Wühlereien, keine konfessionelle Zerrissenheit, sondern ein geschlossener Block, fest und entschlossen, das ist das Signum der Unternehmerorganisationen. Wahrscheinlich, die Unternehmer haben es verstanden, die Waffe der Organisation zu einem Schutzmittel von ungebrochener Stärke und Beweglichkeit auszubauen.

Doch noch sind die Mittel, die Macht der „Arbeitgeber“ zu befestigen, nicht erschöpft. Noch gibt es Arbeiter, die sich in den Betrieben eine gewisse Geschlossenheit bewahrt haben und diese Geschlossenheit durch aufgeweckte, taktisch bewanderte Betriebsräte den Unternehmern gegenüber zum Ausdruck bringen. Gab es da nicht ein Mittel, sich gegen Sabotage, Streiks usw., die eventuell entstehen könnten, durch eine bewaffnete Prätorianergarde zu schützen? Und so entstanden in letzter Zeit vielfach in größeren Betrieben Werkspolizeien. Wir haben darüber in der Nr. 12 schon berichtet. Doch auch die Werkspolizei könnte noch von der Belegschaft insigiert werden, deshalb entstand ein Plan, eine unabhängige, absolut zuverlässige Schutzgarde zu schaffen, die in altpreussischem Kommissariatsstil über die schweigenden Lohnslaven zu wachen hat. In Düsseldorf ist eine Niederrheinische Bewachungsgesellschaft m. b. H. entstanden, die sich mit einem Präsidium, welcher in der „Rotten Jahne“ Nr. 124 veröffentlicht wurde, den Unternehmern anbietet; darin heißt es:

„Bewachung und Überwachung industrieller Werte und Anlagen. Vollständige Einrichtung und Organisation von Werks-, Polizei- und Feuerwachen. Bewachung, Beaufsichtigung und Begleitung von Kohlentransporten usw. Bewachung von Lagern, Neubauten, Bauplänen, Montagen u. dergl.“

Die hauptsächlichsten Vorzüge unserer Bewachung gegenüber der Bewachung durch Werksangehörige sind:

1. Vollständige Unabhängigkeit unserer Bewachungsmannschaften von der Werksbelegschaft, daher bei Streiks der Belegschaft kein Streik unserer Beamten, insoweit auch bei allen Streiks durchaus zuverlässigen Schutz des Wertes gegen Einbruch, Diebstahl, Sabotage.
2. Vollständige Unabhängigkeit unserer Bewachungsmannschaften vom Betriebsrat des Wertes, insoweit keine Beeinflussung unserer Beamten zugunsten der Arbeiterschaft.
3. Keine Kameradschaft, keine Solidarität unserer Bewachungsmannschaften mit der Belegschaft, daher
4. energisches rücksichtsloses Durchgreifen unserer Bewachungsmannschaften in allen Fällen von Diebstählen und Unregelmäßigkeiten und sofortige ausführliche schriftliche Meldung über jeden Vorfall.
5. Gesunde, kräftige, gut bewaffnete Beamte, vorzüglich diszipliniert, gut beleumundet, durchaus zuverlässig. Zumeist ehemalige Offiziere.
6. Geregeltete Dienstverteilung für unsere Bewachungsmannschaften durch unsere Betriebsleitung, daher Entlastung der Werksleitung und Garantie für tadelloses Funktionieren des Bewachungsdienstes.
7. Geregeltete Ersatzstellung für unsere Bewachungsmannschaften an den freien Tagen, bei Urlaub und Erkrankung; Verteilung in diesen Fällen durch ausgebildetes erfahrenes Personal.
8. Reibungsloser Austausch nicht zugehöriger Beamten durch uns, ohne Rücksichtnahme auf den Betriebsrat des Wertes.
9. Ständige Kontrolle unserer Bewachungsmannschaften durch eigene ausgebildete Kontrollorgane, ehemalige Offiziere, die auf Grund langer Betriebserfahrungen den Bewachungsmannschaften in allen Fällen wirksam zur Hand gehen.
10. Keine Lohnabrechnung mit unseren Beamten, daher auch hier Entlastung der Lohnbuchhaltung des Wertes und nur einmalige Zahlung im Monat an uns.

Man sieht, die Schutzmittel der Unternehmer sind fast unbegrenzt. Nun, Arbeiter, was habt ihr dem gegenüberzusetzen? Die Arbeiterschaft würde auch diesem doppelt und dreifach koalitierten Unternehmertum gewachsen sein, wenn sie es verstände, ihre Geschlossenheit zu bewahren und endlich einmal lernen würde, ihre Kraft wirtschaftlich auf bestimmte Punkte zu konzentrieren. Wenn der gewaltige Körper der gewerkschaftlichen Organisation dastände, gewillt und befeelt, ihre Macht in die Wagschale zu werfen zur Durchführung grundsätzlicher Forderungen, z. B. der Sozialisierung, Ausbau der Härtedee usw., so würde allein diese Tatsache eine faszinierende Wirkung ausüben. Und da müssen wir leider mit Schmerzen feststellen, daß wir in dieser Beziehung eine ungeheure Krise durchmachen. Wie ein gefährlicher Wurm bohren sich die Reimzellen in den Körper der Organisationen und lähmen dadurch ihre Entschlossenheit und Tatkraft. Wenn die Arbeiterorganisationen gefunden sollen, muß gegen diese Schädlinge ganz energisch vorgegangen werden. Erst wenn die Gewerkschaften sich von den sie lähmenden Erkrankungen erholt haben, wird es möglich sein, den Schutzmitteln der Unternehmer einen wirksamen Schutz der Arbeitskraft gegenüberzustellen: Eine geschlossene Organisation, stetig im Wollen und im Handeln.

### Staatsaufträge für Lokomotiv- und Waggonbau

Kürzlich verhandelte der Vorstand des A.D.G.B. mit den verschiedenen Reichsbehörden über Maßnahmen zur Vinerdung der Arbeitslosigkeit, die seit einer Reihe von Monaten breite Schichten der Arbeiterschaft getroffen hat. Bei diesen Verhandlungen wurde, einer Forderung der Gewerkschaftsvertreter entsprechend, vom Reichsverkehrs- und Reichspostminister die Versicherung abgegeben, daß sie bereit seien, größere Staatsaufträge für Eisenbahn und Post heranzugeben, und zwar für rund 16 Milliarden Mark.

Am Samstag den 12. März folgte nun beim Reichsverkehrsministerium eine Sitzung, um diese Angelegenheit ihrer praktischen Verwirklichung näherzuführen. Seitens der Unternehmer hatte sich eine Reihe namhafter Vertreter der Lokomotiv- und Waggonfabriken Deutschlands eingefunden. Die Herren sind zur Stelle, wenn es gilt, ihre Interessen wahrzunehmen. Den Deutschen Metallarbeiter-Verband vertraten die Kollegen Dymann (Stuttgart) und Bista (Berlin), den Vorstand des A.D.G.B. Kollege Adolf Cohen (Berlin). Ebenso waren eine Anzahl Vertreter der verschiedenen Gewerkschaften anwesend.

Der Vertreter der Regierung trug in seiner Einleitung vor, daß man nach der Demobilisierung keine günstigen Erfahrungen gemacht habe mit der Ausgabe von Aufträgen an Firmen, die nicht für Lokomotiv- und Waggonbauten eingerichtet sind. Den außerordentlichen Mehraufwendungen usw. sehe keinerlei Nutzenwendung auf der anderen Seite entgegen. Mit dieser summarischen Feststellung kam der Referent zu dem Schluß, daß die Ausgabe von 7 1/2 Milliarden für Neubauten an Lokomotiven und Eisenbahnwagen mit keiner besonderen produktiven Erwerbslosenunterstützung verbunden werden könne. Seine Rede lang aus in dem „Trost“ für die Arbeitslosen, daß in „anderen Ressorts“ eher in Form produktiver Erwerbslosenunterstützung gesorgt werden könne.

Ähnlich lang es später aus Unternehmerrunden, als letztere glaubten, gegenüber den Darlegungen des Kollegen Dymann Einwendungen erheben zu müssen. Der „Fachmann“ stand bei ihnen im Vordergrund. Die Wirtschaftlichkeit bei der Herstellung der Neubauten wurde von ihnen besonders hervorgehoben, da doch der Staat kein überflüssiges Geld auszugeben habe. (Hoffentlich denken die verehrten Herren auch daran, wenn sie bis zum 15. März ihre Preisofferten für neue Maschinen usw. an das Reichsverkehrsministerium abzuliefern haben. Doch da wird letzteres den geschlossenen Ring der Lokomotivfabrikanten vorfinden, die mit ihren Preisen in „angemessener Höhe“ aufwarten werden.) „Seine falschen wirtschaftlichen Maßnahmen!“ betonte die Arbeitgebertreter. (Was man darunter versteht?) Geht uns die Möglichkeit, billiger zu arbeiten, dann haben wir auch mehr Arbeit, so riefen die Unternehmer pathetisch aus. Man hob hervor, daß keine tüchtigen Fachleute (Dreher, Stellschmiede usw.) zu bekommen seien. Würden zum Beispiel die Stellschmiede, an denen besonderer Mangel ist, täglich 2. Überstunden machen, könnte ein ganzer Teil anderer Arbeiter mehr beschäftigt werden. Kollege Bista ging mit besonderer Sachkunde auf verschiedene Fachfragen (Bisherigen usw.) ein und schilderte in bringender Darstellung die der Abhilfe bedürftige Notlage der Groß-Berliner Verhältnisse, die außerordentliche Erwerbslosigkeit und die Notwendigkeit einer schneller Vergebung von Arbeiten.

Kollege Dymann behandelte die Kernfragen, auf die es heute in erster Linie ankommt. Es geht nicht an, die Arbeitslosen von einem Ressort auf das andere zu verfrachten, sondern in allen Ressorts und allen Industriezweigen muß eingegriffen werden. Wir lehnen mit aller Entschiedenheit ab, daß die Vergebung eines soich gewaltigen Auftragspostens von 7,5 Milliarden Mark in seiner Verteilung auf die einzelnen Betriebe ein Privileg der Unternehmervereinigungen sein soll, sondern die Verteilung der Aufträge hat an alle Reichsgebiete unter besonderer Berücksichtigung der von der Wirtschaftskrise am schwersten getroffenen Gebiete zu geschehen. Nicht planlos und unter Nichtachtung jeder Wirtschaftlichkeit braucht dies zu geschehen. Die deutsche Industrie hat heute in allen Bezirken ausgebreitete, leistungsfähige Werke und Betriebe, die die Garantie für eine sachgemäße Erledigung erteilter Aufträge bieten. Niemand denkt nun etwa daran, dem bestehenden Lokomotiv- und Waggonfabriken die Arbeit zu entziehen, dort die Arbeiter brotlos zu machen, um anderwärts Arbeitslose zu beschäftigen. Nein. Die bestehenden Betriebe mit ihrer eingeschulten Arbeiterschaft geben die beste Unterlage, das beste Gerippe, um dort bei Verteilung weiterer Aufträge auch größere Kreise von Arbeitslosen einstellen zu können, ohne daß der technische Herstellungsprozess leidet. Neben der Verteilung von Gesamtaufträgen von Maschinen und Wagen müssen auch nach Möglichkeit Teilaufträge erteilt werden, haben wir doch heute eine Reihe von Betrieben, die in der Herstellung von Teilarbeiten für Eisenbahnbedarf technisch durchaus auf der Höhe sind. Immer muß jedoch der Gesichtspunkt in erster Linie obwalten, zur Vinerdung der Arbeitslosen, zu deren Wiedereinstellung in den Produktionsprozess mit beizutragen. Nicht billiger Arbeitskräfte, sondern rationelle, planmäßige Wirtschaft. Wie kann man heute von einem Mangel geschulter Arbeitskräfte reden? Wie man Arbeitskräfte einziehen kann, wenn man will — besser gesagt, wenn man muß —, das haben die Kriegsjahre doch zur Genüge bewiesen.

Auf eine Bemerkung von Unternehmerrunde, daß untere Vertreter aus „Furcht vor Arbeitslosendemonstrationen usw.“ für die Arbeitslosen wohl diese Länge brechen würden, erwiderte Kollege Dymann: Nein, meine Herren, wir haben nicht nötig, Furcht vor Arbeitslosendemonstrationen zu hegen. Sollte wirklich einmal ein kleines Ausgleiten bei Arbeitslosen vorgekommen sein, so wissen wir dies aus dem Elend und der Not der Arbeitslosen zu erklären. Wir fühlen mit dem traurigen Los der Arbeitslosen und haben die Pflicht, für die Interessen der Erwerbslosen mit allen Mitteln einzutreten.

Die Besprechung schloß mit der Annahme eines Vorschlages unserer Vertreter, zur weiteren Behandlung der Angelegenheit eine engere Kommission zu bilden, in der mit gleicher Stimmkraft auch die Gewerkschaftsvertreter bei Vergebung der Arbeiten usw. aktiv mitwirken können. Das wird nunmehr geschehen. Soweit unsere Kollegen aus den einzelnen Bezirken und Verwaltungen sachdienliche, begründete Vorschläge zu machen haben, bitten wir, diese dem Vorstand umgehend einzureichen. Die Kollegen können versichert sein, daß unsere Organisationsvertreter in der genannten Kommission alles tun werden, was in ihren Kräften steht. Wir sind uns selbstverständlich klar darüber, daß auch die Vergebung umfangreicher Staatsarbeiten die Wirtschaftskrise selbst nicht meistern, nicht beseitigen kann, denn letztere hängt untrennbar zusammen mit dem verberblichen kapitalistischen Wirtschaftssystem und seiner Anarchie. (Deshalb sind wir revolutionäre Sozialisten!) Das darf und wird uns jedoch niemals hindern, zu jeder Stunde und auf allen Gebieten den Arbeitslosen auch in ihren gegenwärtigen Tagesnöten beizuhelfen, soweit dies irgendwie möglich ist. Mag man uns dafür von bestimmter Seite als „gelbe“ Konzeptionen, als „Arbeiterverräter“ schimpfen. Das trifft uns nicht!



# Die Verhältnisse in der holländischen Metallindustrie

Von B. Danga (Amsterdam).  
(Schluß.)

In der Heizungsindustrie ist vom 1. Juni v. J. an eine neue Übereinkunft geschlossen, in welcher die 45stündige Arbeitswoche festgesetzt ist und die folgenden Mindestlöhne bestimmt sind: 1. Monteur 85 Cents, 2. Monteure 80, Hilfsmonteure 65 Cents; Bezahlung der christlichen Feiertage; 6 Ferientage; bei Krankheit während 8 Wochen 30 Prozent des Lohnes; 3,50 Gulden täglich Aufenthaltskosten.

In der elektrotechnischen Industrie hat eine Übereinkunft mit 48stündiger Arbeitswoche bestanden, welche am 1. Oktober 1920 geendet hat und in der für Monteur Löhne je nach den Städtelassen von 44 bis 75 Cents festgelegt waren. Ferner: Bezahlung der christlichen Feiertage; 4 Ferientage; bei Krankheit während 8 Wochen 75 Prozent des Lohnes; 2,50 Gulden täglich Aufenthaltskosten.

Jetzt sind die Löhne in Amsterdam mit der 45stündigen Arbeitswoche wie folgt:

|   |                   |
|---|-------------------|
| für 1/2 Teil der bei einem Arbeitgeber tätigen Arbeiter | 98 Cts. p. Stunde |
| 1/4 " " " " " "   | 88 " " "          |
| 1/8 " " " " " "   | 75 " " "          |
| 1/16 " " " " " "  | 60 " " "          |

Für die Gold- und Silberschmiede ist ab 27. Oktober 1920 die 45stündige Arbeitswoche eingeführt und der Stundenlohn auf 70 Cents gebracht. Übrigens dieselben Bedingungen wie bei den Elektrotechnikern.

Die Klemptner in den größeren Städten haben einen Mindestlohn von 90 Cts. und arbeiten 45 Stunden pro Woche. In allen unserer Industriezweigen ist der freie Samstagmittag eingeführt, welcher bei Einführung der 45stündigen Arbeitswoche im Oktober 1920 auch für andere Betriebe gesetzlich festgelegt wurde.

Während des Krieges war das durchschnittliche wöchentliche Einkommen eines gelernten Metallarbeiters 18, jetzt 38 Gulden, also eine Erhöhung von ungefähr 110 Prozent. Die Lebensbedürfnisse sind aber auch durchschnittlich um 110 Prozent gestiegen, so daß an der Lebensweise sich nichts gebessert hat. Ein großer Vorteil ist natürlich die kürzere Arbeitszeit.

Am 1. Januar 1914 betrug das Vermögen unserer Verbände, außer dem der Arbeitslosenklasse, circa 11 000 Gulden. Am 1. Januar 1921 besaßen wir 500 000 Gulden.

Vor dem Kriege waren die Beiträge:

|                                       |                         |
|---------------------------------------|-------------------------|
| 17 Cents für Löhne unter 10,50 Gulden | 10,50 Gulden            |
| 20 " " " " " "                        | von 10,50 bis 12,49 " " |
| 23 " " " " " "                        | 12,50 " " "             |
| 27 " " " " " "                        | 14,50 Gulden und höher. |

Jetzt betragen die Beiträge:

|  |                        |
|--|------------------------|
| Klasse 1: 60 Cents für Löhne unter 15,- Gulden | 15,- Gulden            |
| 2: 60 " " " " " "                              | von 15,- bis 19,99 " " |
| 3: 70 " " " " " "                              | 20,- " " "             |
| 4: 80 " " " " " "                              | 25,- " " "             |
| 5: 90 " " " " " "                              | 30,- " " "             |
| 6: 100 " " " " " "                             | 35,- Gulden und höher. |

Die Auszahlungen bei Arbeitslosigkeit, wofür 10 Cents pro Mitglied und Woche obengenannter Beiträge abgezogen werden und für welche das Reich ebenfalls bezahlt, sind wie folgt:

|                               |                               |
|-------------------------------|-------------------------------|
| Klasse 1: pro Tag 1,50 Gulden | Klasse 4: pro Tag 3,25 Gulden |
| 2: " " " " " "                | 5: " " " " " "                |
| 3: " " " " " "                | 6: " " " " " "                |

Die Unterstützungen bei Streiks und Aussperrungen sind seit dem 1. Januar 1920 wie folgt:

|                   |             |                       |             |
|-------------------|-------------|-----------------------|-------------|
| Klasse 1: pro Tag | 1,80 Gulden | Städtische Subvention | 1,80 Gulden |
| 2: " " " "        | 1,60 " "    | Städtische Subvention | 2,10 " "    |
| 3: " " " "        | 1,90 " "    | Städtische Subvention | 2,40 " "    |
| 4: " " " "        | 2,20 " "    | Städtische Subvention | 2,70 " "    |
| 5: " " " "        | 2,50 " "    | Städtische Subvention | 3,- " "     |
| 6: " " " "        | 2,80 " "    | Städtische Subvention | 3,30 " "    |

Im Jahre 1919 wurden von uns an streikende Mitglieder 162 939,74 1/2 Gulden ausgezahlt. Am 29. März war unser Verband beteiligt.

Leben Unterstützung bei Streiks, Aussperrung und Arbeitslosigkeit gibt unser Verband auch Auszahlung im Todesfalle, und zwar von 40 bis 100 Gulden je nach der Mitgliedschaft.

Branchenorganisationen bestehen in unserem Lande nicht mehr. 1919 wurde der Elektrikerverband in den unsrigen aufgelöst, 1914 der Klemptnerverband, 1915 der Regenmacherverband, 1916 der Gold- und Silberschmiederverband. Unsere Organisation ist ungefähr in derselben Weise aufgebaut wie die deutsche. Auch die Einrichtung und die Arbeitsweise ist dieser ähnlich. Wir haben in 110 Orten Verwaltungstellen, welche alle einen eigenen Vorstand haben. In 11 Orten sind Bezirkskontore gegründet, von wo aus die Propaganda gemacht und Aktionen unter Leitung eines Bezirksleiters geführt werden.

Der Hauptvorstand besteht aus fünf angehenden Kollegen und wird von zwölf Bezirksleitern (Vorstandsrat) in der Ausübung der von dem Verband angenommenen Geschäfte unterstützt. Neben dem Hauptvorstand besteht ein Verbandsrat (Auswahl), in welchem der Hauptvorstand, die Bezirks- und die Branchenleiter vertreten sind, welche mindestens zwei Mal jährlich zusammenkommen. Alle zwei Jahre findet eine Generalversammlung statt.

Wir haben in unserem Lande seit 1901 ein Unfallversicherungsgesetz, nach welchem die Arbeitgeber die Prämienbeiträge bezahlen. Die Auszahlung beträgt 70 Prozent des Lohnes. 1919 ist ein Invaliditäts- und Altersversicherungsgesetz in Wirkung getreten, das sich auch auf Ausländer, welche 5 Jahre hier wohnhaft sind, erstreckt. Ein Arbeitsgesetz zum Schutze jugendlicher Personen und Frauen besteht schon seit einiger Zeit. Darin war die Arbeitszeit beschränkt. Für erwachsene Männer besteht vom 25. Oktober ab Beschränkung. Im Oktober v. J. ist eine Ausbehnung dieses Gesetzes in Wirkung getreten, wodurch die Arbeitszeit

auf 45 Stunden pro Woche festgesetzt wurde. Der Arbeitsminister hat dabei eine Übergangsbestimmung benutzt, laut welcher die Arbeitszeit der Metallarbeiter in den größten Fabriken noch zwei Jahre hindurch 48 Stunden bleiben kann. Eine Krankheitsversicherung, die bestimmt, daß die Arbeiter die Hälfte der Prämie bezahlen sollen, wird bald in Kraft treten. Inzwischen werden aber von unserem Gewerkschaftsbund Versuche gemacht, eine Versicherung von 80 Prozent des Lohnes zu bekommen, welche Prämie die Arbeitgeber bezahlen sollen.

Unser Verband ist dem Gewerkschaftsbund, der jetzt ungefähr 230 000 Mitglieder zählt, angegeschlossen. Voriges Jahr ist von dem Gewerkschaftsbund ein Beschluß gefaßt worden für die Bildung einer Streikliste, in die jede angeschlossene Organisation 5 Cents pro Mitglied und Woche bezahlt.

Wir sind, ebenso wie der deutsche Verband, dem Internationalen Metallarbeiter-Bund angegeschlossen.

Ich habe versucht, mit dem Obenwähnten unseren ausländischen Kollegen ein Bild unserer Industrie, Arbeits- und Organisationsverhältnisse zu geben. Ich hoffe, daß es mir gelungen ist, ihnen deutlich zu machen, daß es bei uns nicht viel besser ist wie anderswo. Mehrere deutsche, österreichische und ungarische Kollegen haben im vorigen Jahre, als bei uns hollauf Arbeit war, eine Zuflucht gesucht und wahrscheinlich gedacht, daß damit für sie die soziale Frage gelöst wäre. Sie werden aber bald bemerken, daß es auch bei uns nicht sicher ist und daß die wirtschaftlichen Folgen des Krieges und der Kapitalismus überall nachwirken. Die Zahl der Arbeitslosen wird fortwährend größer und gibt es schon Zeichen einer nahenden Krise.

Es ist für die Arbeiterklasse aller Länder von größter Bedeutung, daß durch internationale Zusammenwirken die Grundlagen für bessere Verhältnisse und für eine umfassende Sozialisierung gelegt werden können, damit keiner verpflichtet ist, sein eigenes Land wegen Mangel an Arbeit und Brot zu verlassen.

## Forderungen der deutschen Gewerkschaften zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit

Der Vorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, der mit den maßgebenden Stellen im Reich in den letzten Wochen wiederholt über eine Abhilfe der großen Arbeitslosennot in Deutschland verhandelt hat, veröffentlicht jetzt die nachstehenden formulierten Forderungen, die er an die Reichsregierung gestellt hat. Das Schreiben des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes an die Reichsregierung hat folgenden Wortlaut:

Die große und andauernd steigende Arbeitslosigkeit in Deutschland, deren gerisende moralische und volkswirtschaftliche Folgen immer verhängnisvoller werden, erfordert dringend außerordentliche Maßnahmen. Der seitherige Weg, die Arbeitslosen durch Gewährung laufender Unterstützung aus öffentlichen Mitteln notdürftig über Wasser zu halten, kann wegen der völlig ungenügenden Höhe der Unterstühtungen, die trotzdem in ihrer Gesamtsumme eine starke Belastung der Finanzen des Reiches und der Länder darstellen, nicht als Ausweg aus dieser unheilvollen Krise angesehen werden. Denn dieser Weg hat das Anwachsen der Arbeitslosigkeit nicht verhindert und auch die Arbeitslosen vor dem Verfallen in immer größerem Elend nicht bewahrt.

Mit Recht verlangen die Arbeitslosen Arbeit und ausreichenden Verdienst anstatt der Unterstühtung, die auch bei weiterer Erhöhung doch immer unzureichend bleibt. Aber auch aus volkswirtschaftlichen Gründen ist es nicht zu rechtfertigen, noch länger an der unproduktiven Verwendung der großen Summen für Arbeitslosenunterstühtung festzuhalten. Es muß vielmehr über den Rahmen der bisherigen Maßnahmen, betreffend die sog. produktive Arbeitslosenunterstühtung, hinaus gefordert werden, daß möglichst für alle Arbeitslosen auf schnellstem Wege Arbeitsmöglichkeiten geschaffen werden. Da dies der privaten Initiative bisher nicht gelungen ist und auch in absehbarer Zeit nicht gelingen wird, ist ein sofortiges Eingreifen des Reiches, der Länder und der Gemeinden eine dringende Notwendigkeit.

Aus diesen Erwägungen ergibt sich der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund folgende Forderungen:

1. Sofortige Inangriffnahme öffentlicher Arbeiten in weitem Umfange. In erster Linie sind die für die öffentlichen Bedarfsbetriebe erforderlichen Erneuerungsarbeiten ohne jeden Verzug in Auftrag zu geben. Die Mittel für weitere öffentliche Arbeiten sind sofortigen Bereitstellen.
2. Bei der Vergabe öffentlicher Aufträge sind die von der größten Arbeitslosigkeit betroffenen Bezirke in erster Linie zu berücksichtigen. Den Unternehmern ist die Verpflichtung aufzuerlegen, entsprechend der Größe des jeweiligen Auftrages Arbeitslose einzustellen. In diesem Zweck ist, soweit dies technisch durchführbar ist, eine verkürzte Arbeitszeit einzuführen oder diese beizubehalten, soweit sie bereits besteht. Wo durch Schichtwechsel mit verkürzter Arbeitszeit die doppelte Arbeiterzahl beschäftigt werden kann, ist eine solche Bedingung bei Übertragung öffentlicher Aufträge vorzuschreiben.
3. Soweit die vorhandenen Betriebe einzelner Industriezweige nicht ausreichen, bestimmte Arten der verfügbaren Aufträge allein auszuführen, ist zum Zweck der Unterbringung der Arbeitslosen ein entsprechender Teil dieser Aufträge an geeignete andere Betriebe zu vergeben. Wollensfalls ist die Umstellung von Betrieben zur Herstellung dieser Arbeiten sofort zu veranlassen.
4. Alle Arbeitsaufträge der öffentlichen Verwaltungen des Reiches, der Länder und der Gemeinden sind als Reichsaufträge zu erklären, bei denen der Unternehmergewinn auf ein den Verhältnissen angemessenes Höchstmaß zu begrenzen ist. Den Arbeitern sind, um Arbeitsvertragsstellen möglichst zu vermeiden, die Tariflöhne sicherzustellen.
5. Zur Mitbestimmung bei der Regelung der Auftragsvergabe, soweit es sich um die in Nummer 2 bis 4 vorgesehenen Vergabekategorien handelt, sind Vertreter der Gewerkschaften anzuziehen.

6. Wo es auf keinem anderen Wege möglich ist, den Arbeitslosen Beschäftigung zu verschaffen, ist zu verlangen, daß allgemein, also auch für private Aufträge, die Arbeitszeit der noch voll Beschäftigten verkürzt und nach Möglichkeit Schichtwechsel eingeführt wird. Die feiner Vollbeschäftigten werden zu diesem Opfer an die gänzlich Arbeitslosen bereit sein, wenn die in dieser Folge folgende Forderung erfüllt wird.

7. Allen Kurzarbeitern ist der bei der verkürzten Arbeitszeit entstehende Lohnausfall zu zwei Dritteln von den Arbeitgebern zu ersetzen. Das Reich und die Länder übernehmen die Hälfte der den Arbeitgebern hieraus entstehenden Kosten auf die Mittel der produktiven Erwerbslosenfürsorge. Diese Maßnahme kann aber nur eine vorübergehende und nicht von langer Dauer sein, sondern es muß mit Rücksicht auf die Existenzmöglichkeit der Kurzarbeiter in der jetzigen teuren Zeit alles angewendet werden, um die Kurzarbeit baldigst wieder in Vollarbeit umzuwandeln.

8. Die Belebung des Baugewerbes durch Bereitstellung öffentlicher Mittel für den Wohnungsbau ist mit größter Eile als bisher zu betreiben. Als Ziel aller Maßnahmen auf diesem Gebiete hat in erster Linie und noch vor der Bekämpfung der Wohnungsnot die Beseitigung der Arbeitslosigkeit zu gelten.

9. Für diejenigen Arbeitslosen, denen auch durch die Erfüllung vorstehender Forderungen keine Arbeit verschafft werden kann, ist eine weitgehende, den Lebensverhältnissen angemessene Erhöhung der laufenden Unterstützung zu beschließen, damit diese Arbeitslosen mit ihren Familien vor dem Verhungern geschützt werden. Zu dem gleichen Zweck ist die Schulstufung für Kinder unbeschäftelter Eltern einzuführen und auszubauen.

10. Damit aus der Durchführung vorstehender Maßnahmen keine weitere Steigerung der Inflation eintritt, wird mit allem Nachdruck die sofortige Einhebung aller Besitzsteuern verlangt.

## Lohnsteigerungen von 1914 bis 1920

Der Mangel einer zuverlässigen Lohnstatistik aus der Friedenszeit erschwert in hohem Maße die Beantwortung der Frage, wie stark die Löhne von 1914 bis 1920 gestiegen sind. Sie hat aber eine so große Bedeutung, daß schon der Versuch ihrer Klärung willkommen sein dürfte.

In der Eisen- und Metallindustrie führt der Vergleich der Friedenslöhne und der Februarlöhne 1920 für je eine gelernte, angeleitete und ungelernete Berufsart unter Beschränkung auf den Zeitlohn zu folgendem Ergebnis:

Lohnsteigerung in der Eisen- und Metallindustrie.

| Orte<br>(nach der Zahl<br>der Einwohner<br>geordnet) | Schlosser                      |   | Maschinenarbeiter              |   | Hilfsarbeiter                  |   |    |     |      |
|--|--------------------------------|---|--------------------------------|---|--------------------------------|---|----|-----|------|
|  | Durchschnittlicher Stundenlohn | Lohnsteigerung 1914 bis 20 (1914 = 100) | Durchschnittlicher Stundenlohn | Lohnsteigerung 1914 bis 20 (1914 = 100) | Durchschnittlicher Stundenlohn | Lohnsteigerung 1914 bis 20 (1914 = 100) |    |     |      |
|  | Juli 1914                      | Febr. 1920                              | Juli 1914                      | Febr. 1920                              | Juli 1914                      | Febr. 1920                              |    |     |      |
| Berlin . . . . .                                     | 75                             | 361                                     | 481                            | 67                                      | 328                            | 575                                     | 52 | 312 | 600  |
| Damburg . . . . .                                    | 80                             | 337                                     | 421                            | 50                                      | 320                            | 640                                     | 45 | 302 | 671  |
| Köln . . . . .                                       | 66                             | 385                                     | 533                            | 50                                      | 365                            | 730                                     | 45 | 337 | 749  |
| München . . . . .                                    | 60                             | 363                                     | 605                            | 45                                      | 344                            | 764                                     | 35 | 312 | 891  |
| Dresden . . . . .                                    | 55                             | 366                                     | 665                            | 50                                      | 312                            | 624                                     | 30 | 303 | 1010 |
| Breslau . . . . .                                    | 55                             | 289                                     | 489                            | 50                                      | 251                            | 502                                     | 35 | 242 | 691  |
| Essen . . . . .                                      | 67                             | 378                                     | 564                            | 60                                      | 380                            | 633                                     | 45 | 342 | 760  |
| Frankfurt/M. . . . .                                 | 71                             | 364                                     | 513                            | 66                                      | 335                            | 598                                     | 40 | 314 | 785  |
| Düsseldorf . . . . .                                 | 68                             | 408                                     | 600                            | 63                                      | 374                            | 594                                     | 35 | 358 | 1023 |
| Mürnberg . . . . .                                   | 50                             | 391                                     | 782                            | 40                                      | 374                            | 935                                     | 33 | 349 | 1058 |
| Hannover . . . . .                                   | 65                             | 317                                     | 483                            | 60                                      | 305                            | 508                                     | 30 | 309 | 1030 |
| Stuttgart . . . . .                                  | 67                             | 399                                     | 700                            | 53                                      | 351                            | 662                                     | 42 | 324 | 771  |
| Schweinfurt . . . . .                                | 60                             | 331                                     | 552                            | 50                                      | 313                            | 626                                     | 30 | 322 | 1073 |
| Magdeburg . . . . .                                  | 55                             | 294                                     | 535                            | 46                                      | 275                            | 598                                     | 35 | 266 | 682  |
| Stettin . . . . .                                    | 58                             | 337                                     | 602                            | 50                                      | 356                            | 712                                     | 38 | 314 | 826  |
| Mannheim . . . . .                                   | 65                             | 450                                     | 692                            | 55                                      | 392                            | 713                                     | 45 | 393 | 873  |
| Kiel . . . . .                                       | 66                             | 352                                     | 533                            | 56                                      | 325                            | 580                                     | 46 | 318 | 691  |
| Halle . . . . .                                      | 65                             | 253                                     | 389                            | 50                                      | 251                            | 502                                     | 40 | 208 | 520  |
| Kassel . . . . .                                     | 65                             | 349                                     | 537                            | 60                                      | 316                            | 527                                     | 40 | 319 | 798  |
| Sagen i. B. . . . .                                  | 52                             | 338                                     | 650                            | 35                                      | 304                            | 869                                     | 30 | 235 | 983  |
| Durchschnitt   | 63                             | 352                                     | 559                            | 52                                      | 329                            | 633                                     | 39 | 312 | 800  |

Im Durchschnitt der 20 Städte ergibt sich bei den Schlossern (gelernt) ein Lohnniedrig von 559, bei den Maschinenarbeitern (angelernt) ein solcher von 633 und bei den Hilfsarbeitern (ungelernt) ein solcher von 800. Demnach bestätigt sich auch hier die Regel, daß die Löhne der ungelerten Arbeitskräfte weitans am stärksten gestiegen sind. Dagegen bleibt der durchschnittliche Lohnindex der Eisen- und Metallindustrie von 664 im ganzen erheblich hinter demjenigen des Bergbaus zurück. (Aus Wirtschaft und Statistik Nr. 2.)

## Die Produktionskräfte

sind unserer Gesellschaft längst über den Kopf gewachsen, und so wird und muß sie an ihren inneren Widersprüchen mit Notwendigkeit zugrunde gehen. Und wenn sie nun weiter dazu kommen wird, daß die famose äußere Politik, die Sie seit Jahrzehnten treiben, über kurz oder lang aus einem europäischen Krieg auf den Hals zieht, wenn wir dann bei enorm geschwächten ökonomischen Kräften von Millionen Menschen in eine neue Krise eintreten... wenn durch Massenbankrotte über Massenbankrotte Tausende und Abertausende in das Nichts geschleudert werden, wenn die größten Unternehmungen an Arbeitsmangel zugrunde gehen, wenn durch die Sinkerung der Zufuhr einer Lebensmittelfeuerung in kolossalsten Maßstabe eintritt, wenn endlich auf den Schlachtfeldern die Massenmordkollaterale stattfinden, die das Entsetzen von ganz Europa hervorgerufen werden, dann, meine Herren, haben Sie etwas geschaffen, an dem möglicherweise Ihre ganze Gesellschaft mit einem Male zugrunde geht.

August Sebel (Debatte über den Zukunftsfestakt im Reichstag, 1893).

## Peter Krapotkin — Zu seinem Tode

Nach einer Mitteilung aus Moskau ist Peter Krapotkin, der kommunistische Anarchist und vieljährige Gelehrte, in Moskau gestorben.

Peter Krapotkin ist einer der edelsten Menschen dahingegangen, ein Mann, der mit bewundernswürdiger wissenschaftlicher Begabung auf dem Gebiete der Naturwissenschaft eine erhabene Weltanschauung auf dem des Gesellschaftslebens verband. Peter Krapotkin entsprach einem vollkommenen Fortschrittsgedanken der russischen Anarchisten. Er wurde im Lager des des Jansen ergriffen und als Jungling von 21 Jahren inhaftiert, des Anarchistenlebens aus dem Kriminalland. Aber weder Gestalt noch Zivilisierte des Jansen zu sein, entsprach seinen milden, gütigen Charakter und seinem Wissensdrang. Er gab seine Erlaubnis an, um in Petersburg Naturwissenschaft, namentlich Geologie und Geographie zu studieren. Die hervorragenden Leistungen des jungen Gelehrten fanden Anerkennung. Er wurde in der Geographischen Gesellschaft in Petersburg Sekretär für physikalische Geographie. In dem Organ dieser Gesellschaft veröffentlichte er seine Aufsätze aus der Landeskunde. Fortschritte über die Weltgeschichte, Fundamentale und Ethik des folgenden Arbeiters. Sein großes Können für die breite Masse behingte zunächst, daß er es für die Pflicht jedes Gelehrten hielt, seine Kenntnisse dem Volke zugänglich zu machen. Das Verstehen, die Bildung des Volkes zu haben, veranlaßte ihn zum Verstehen und dem Fortschrittsdenken unter den Proletariats Russlands. Dies gab den Anlaß dazu, daß er sich geistig dem Proletariat anschloß, bereit, Verdienste, Ehrwürde, Adelstitel, Vergütungen und Ruhe für die Massen zu opfern. Auf einer Reise im Westen Europas lernte er sozialistische und anarchistische Schriften kennen, die ihn veranlaßten, sich jetzt ganz der Sache der Arbeiter, so gut er es verstand, hinzugeben. Krapotkin wurde nicht Sozialist, sondern Anarchist.

Anarchist, d. h. er erstrebte eine Gesellschaft von Menschen, die sich gegenseitig durch Arbeit aller für alle helfen, ohne einen Staat und Gesetz zu haben. Im Jahre 1873 war es eine hoffnungslose Nihilistin und die Proletariat, die in diesem Pomeranien lebten, arbeiteten nur ganz vereinzelt im industriellen Großbetrieb. Ein großer Teil der Armen waren Kinder, Lumpenproletariat, Verbrecher, darunter einzelne edle Kämpfer, die nur den Reichen nahmen, den Hungernden von ihrem Tische gerne abgaben. Der Klassenkampf mit dem Ziele, die Proletariat zu gewinnen und im demokratischen Staate den proletarischen Massen zur Macht zu verhelfen, schien ganz ausgeschlossen. Es war daher natürlich, daß Krapotkin seine Hoffnungen auf den Sieg eines erfolgreichen Russen angeschlossenem proletarischen Widerstande wandelte. Die Konsequenz, die er daraus zog, war, daß nach der Revolution nicht eine Demokratie entstehen sollte, ein Zustand, in dem die Mehrheit, von der er in Russland nichts Gutes erwartete, entscheiden sollte. Er wollte sich deshalb eine Gesellschaft ohne Staat, ohne Herrschaftsorganisation, ohne Gesetz als Resultat einer Revolution aus, von der er erwartete, daß in ihr jenes Solidaritätsgefühl, jene Menschlichkeit fester wurde, die ihn selbst befreite. Im Jahre 1874 war er bei einer Verschwörung beteiligt, die unter Führung Tschajkowskys eine Revolution inszenieren wollte. Unter falschem Namen hielt Krapotkin revolutionäre Vorträge vor Arbeitern. Die Verschwörung wurde von der zaristischen Polizei entdeckt und Krapotkin verhaftet und in die Peter Pauls-Festung gebracht. Es gelang ihm 1876, nach England zu entfliehen. Er zog dann nach Genf in der Schweiz, fand hier unter freier polizeilicher Überwachung und wurde 1881, jetzt bereits 33 Jahre alt, wegen anarchistischer Propaganda ausgewiesen. Er wandte sich nach Frankreich. Im Jahre 1883 wurde der russische Staatsbürger in Lyon mit Gombier und anderen Anarchisten verurteilt. Die französische Regierung schickte ihn auf 5 Jahre ins Gefängnis. Drei volle Jahre verbrachte er in der Bastille, dann wurde er 1886 begnadigt. Seitdem legte er seinen Fuß nach London, wo er eine große Zahl geistlicher

Schriften veröffentlichte, die allein genügt, seinen Namen unsterblich zu machen.

Zwei Bücher sind es, die Krapotkin für alle Zeiten einen Ehrenplatz in der Bibliothek jedes aufgeklärten Arbeiters sichern können: „Die Geschichte der französischen Revolution“ und „Gegenseitige Hilfe in der Tier- und Pflanzenwelt“. In letzterem Buche, das in einer glühenden, zündenden Sprache geschrieben ist, hat Krapotkin — fündend auf den Forderungen des jung verstorbenen Petersburger Darwinianer Kämpfer — zum ersten Male der Welt gezeigt, daß nicht der gegenseitige Kampf — der Kampf ums Dasein — das vornehmste Prinzip der Vorkameralentwicklung in der Geschichte der Tiere und Menschen war, sondern die gegenseitige Hilfe, die Solidarität. Und er schließt sein Werk mit der Mahnung, dieser naturwissenschaftlichen Erkenntnis das Moralprinzip zu entnehmen, das wertvoller ist als der Grundhaß des gleichen Maßes oder die Berechtigung und das geeigneter ist, Glück zu schaffen. Und der Mensch wird aufgefordert, sich nicht bloß durch die Liebe in seinen Handlungen leiten zu lassen, die sich nur auf Personen, bestenfalls auf den Stamm beziehen, sondern durch das Bewußtsein in seiner Einheit mit dem Menschen.

Als der Weltkrieg ausbrach, fand der unter dem geistigen Einfluß des Proletariats der Entenländer stehende Anarchist mit seinen Sympathien auf der Seite der Gegner Deutschlands. Von der Niederlage des kaiserlichen Deutschlands erwartete er mehr für das Proletariat als von der des zaristischen Russlands. Schon hierdurch fand Krapotkin im Gegensatz zum Bolschewismus, zu dem Bolschewiki. Nach der russischen Revolution kehrte der große Gelehrte in seine Heimat zurück. Zum Bolschewismus fand er in schroffem Gegensatz.

Er wollte Kommunismus und die Bolschewiki schufen einen Kapitalismus mit bolschewistischem Einschlag. Er wollte Anarchismus und die Bolschewiki schufen eine diktatorische Staatsmacht, die jedes freien Hauses letzte Spur erstickt.



Der „Kommunist“ Joseph Schneider!

Ich habe bis heute geschwiegen, doch gibt es Grenzen, wo das Schweigen aufhört. Der Grund, welcher mich zwingt, dies zu tun, ist Artikel in Nr. 15 vom 19. Januar 1921 in der „Mansfelder Volkszeitung“, dem Organ der W.P.D., deren Redakteur Joseph Schneider ist. Er schreibt:

Es liegt in der brutalen Charaktereigenschaft eines Diktators, den Vertriebenen in seiner offenen Sprechweise mit einem Zuhörer vergleicht (wer sein Vernehmen auf dem Hallischen Parteitag beobachtet hat, muß allerdings zu der Überzeugung kommen, daß er hier einen rechten Louis vor sich hat), daß er alles versuchen wird, um sich seine Brotstulle zu sichern, selbst auf Kosten des Metallarbeiter-Verbandes. Was fragt ein Diktator nach der Schlagkraft einer Organisation, die durch diesen Beschluß mindestens um die Hälfte der Mitglieder gebracht wird. Die Hauptfrage ist, daß der Zuhälter seinen Obolus bekommt, und für das Gehalt eines Diktators wird wohl der verbleibende Rest des Metallarbeiter-Verbandes bezogen. Das den ausgeschlossenen Mitgliedern gestohlene Geld noch reichen. Es wird Zeit, daß die Kollegen des Metallarbeiter-Verbandes diesen Schädling an der Arbeiterbewegung, der sich erst durch seine Faustpolitik den Posten erschlichen hat und jetzt, wer weiß, welche Interessen wahrnimmt, an die frische Luft setzen.

Für die Metallarbeiter aber heißt es, auf dem Posten sein! Ebenso wie ein Louis vor seiner Latz zurückschreckt, schreckt kein Diktator vor der Spaltung einer 1 1/2 Millionen-Organisation zurück, wenn seine Futterkrippe in Gefahr ist. Sorgt dafür, daß das verbrecherische Spiel eines Diktators nicht zur Weltung kommt. Schließt euch zusammen und rettet die Einheit eurer Organisation.

Wer ist Joseph Schneider? Ich will ihn kurz schildern. Wie so viele, war der jetzige Redakteur der „Mansfelder Volkszeitung“ während des Krieges Soldat. Als die Revolution in Wilhelmshafen am 1. November 1918 ausbrach, wurde er Mitglied des 2. Rates, welchem ich ebenfalls angehörte, und somit lernte ich ihn am 1. Revolutionstag kennen. Ich hätte nie geglaubt, daß der Mann einmal Kommunist werden könnte. Doch gleich nach seinem Bekanntwerden an den Kommunisten erschien in der Mannheimer „Tribüne“ eine Notiz mit der Überschrift: „Ich heiße Joseph“, welche durch mehrere Zeitungen ging. Damals war es Joseph Schneider, welcher mir am 2. November schon einen Brief sandte, ich möchte ihn doch gegen eine solche Anrempelung in Schutz nehmen usw. Ich war bemüht, dafür zu sorgen, daß „Joseph“ nicht mehr belästigt wurde, was bis heute auch nicht wieder geschehen ist. Damals war es dem kleinen abgerundeten ehemaligen Mitgliede des 2. Rates doch zuviel, es schien ihm die alte Unteroffiziers-„Ehre“ dagegen zu strahlen, an alte Tugenden erinnert zu werden. Jetzt schreibt er selbst: In jedem Satz einer Artikel den Kasernenhof, den er einst als Charge beliebte. Halle und Ost spricht aus seiner Feder gegen seine Feinde, doch die ihn kennen, haben nur ein mitleidiges Lächeln dafür übrig. Wenn je in Mensch Angst hatte, in den Verdacht, Kommunist zu sein, zu kommen, so war es „Joseph“. Um ihn recht zu würdigen und einzuschätzen für solche, die ihn nicht kennen, nur ein Beispiel: Am 1. Januar 1919 putzte in Wilhelmshafen eine kleine Schar von Kommunisten, darunter befand sich ein Ernst Schneider, welcher mit an der Spitze dieser Bewegung stand. Der Belagerungszustand wurde verkündigt. Das Geld, zirka 7 Millionen, teilweise Gold, aus der Reichsbank nach den Kasernen geschleppt und dergleichen Unfug mehr. Militär und Bürgerum aufgebracht, bewaffneten sich und zogen gegen die Kommunisten, welche sich seit Wochen in einer Kaserne verbarrikadiert hatten. Vor dem Offizierskasino, in welchem sich Arbeiter- und Soldaterrat befanden, standen die Menschen und wollten das Gebäude „ausräubern“. Da am 27. Januar noch mit den Kommunisten verhandelt worden war, glaubte die Menge, daß sich noch durchsetzen im Hause aussehlichen. Um nun nicht mit den Kommunisten Ernst Schneider verwechselt zu werden, hat „Joseph“ Schneider Tausende von Flugblättern folgenden Inhalts drucken lassen:

Erklärung! Es wird hiermit zur Kenntnis gebracht, daß das Vorstandsmitglied des 2. Rates Joseph Schneider nicht identisch ist mit dem Unterzeichner der Flugblätter des revolutionären Komitees, dem Kommunisten Ernst Schneider.

Wilhelmshafen, den 28. Januar 1919. 2. Rats. Sez.: Ramsauer. Joseph Schneider, 2. Rats.

Ich erkläre hiermit, daß ich nicht der kommunistischen Partei angehöre, sondern Sozialist bin. Joseph Schneider, 2. Rats.

Diese Flugblätter ließ Schneider, der „Kommunist“ und jetzige Redakteur der „Mansfelder Volkszeitung“, der obigen Artikel gegen den Kollegen Diktator geschrieben hat, an sämtlichen Schaufenstern aushängen. Mauern und Häuser wurden besetzt, die Straßenbahnen belegt und Laufende an die Passanten verteilt. In sämtlichen hiesigen Zeitungen mußten Erklärungen gleichen Inhalts in großen Inseraten erscheinen, damit jede Verwechslung mit dem Kommunisten Schneider ausgeschlossen sei. „Ich heiße Joseph, bin Sozialist, nicht Kommunist“, das war die Parole. Und um der Feigheit und Angst die Krone aufzusetzen, ließ sich Joseph Schneider, der „Kommunist“ und Redakteur der „Mansfelder Volkszeitung“, damit keine Verwechslung zwischen dem Joseph und Ernst, dem Sozialist und Kommunist, dem Soldat und Zivilist vorkommen konnte, für eine Nacht freiwillig in Schutzhaft nehmen.

Und diese Leute wagen in diesem Ton, weil sie im Besitze des Mitgliedsbuches der W.P.D. sind, gegen Leute zu Felde zu ziehen, welche ein Leben lang im Vordergrund der Bewegung standen, wie dies bei dem Kollegen Diktator der Fall ist. Emil Zimmermann (Münsterlingen).

Peter Krapotkin ist 78 Jahre alt geworden. Ein reiches Leben ist dahingegangen, ein Leben des Gedankens und der Opferbereitschaft. Wenn der Ruhm der „Größen“ des Zarismus und des Bolschewismus längst verklungen ist, wird Krapotkins hohes Lied von der gegenfeitigen Hilfe und Solidarität in den Herzen einer Nachwelt klingen. Er war seiner Zeit um Tausende von Jahren voraus. Das war sein Fehler und sein Vorzug. Einem Jahrhundert, das in einem Krapotkin von sich ließ, werden lichtere Perioden folgen, in denen sich das kommunistische Ideal in Herrenlosigkeit vollenden kann.

Worte Krapotkins. Da in der neuen Gesellschaft die Solidarität, diese immense Kraft, welche die Energie und die schöpferischen Kräfte des Menschen verheerend macht, Platz findet, so kann sie mit der ganzen Frische der Jugend an die Eroberung scheitern. Eine derartig begeisterte Gesellschaft wird weder Zwistigkeiten im Innern, noch äußere Feinde zu fürchten haben. Den Koalitionen der Vergangenheit wird sie ihre Liebe für die neue Ordnung, die lächle Initiative eines jeden und aller, nötigenfalls ihre Kraft, die durch das Erwachen ihres Empfindungsgeistes zu einer hehulichen geworden, entgegenstellen.

Daß Deutschland in der nächsten Revolution weitergehen wird als feinerzeit Frankreich, nichts ist wahrscheinlicher. Als Frankreich im 18. Jahrhundert seine bürgerliche Revolution hatte, ging es weiter als England im 17. Jahrhundert. Zu gleicher Zeit, wo es die Macht des Königtums beseitigte, brach es auch die Macht des Landadels, der bei den Engländern heute noch eine gemaltige Macht repräsentiert und mehr tut als Frankreich im Jahre 1848. So wird sicherlich die Idee, welche es anfangs leitet, diejenige von 1848 sein, wenn die Idee, welche eine Revolution aufwärts leitet wird, die Idee von 1789 sein wird, bis zu einem gewissen Punkt modifiziert durch die intellektuelle Bewegung unseres Jahrhunderts.

Die Arbeitslage in der Eisen-, Stahl- und Metallindustrie

In der ersten Märzwoche dieses Jahres liefen von 679 Verwaltungen des Verbandes Berichte über die Arbeitslage ein. Bericht wurde über 25411 Betriebe und 1922465 Arbeiter. Berlin mit rund 3200 Betrieben und 236400 Arbeitern ist in diesen Zahlen nicht enthalten, weil keine Vergleichszahlen für dieses Verwaltungsgebiet vorliegen. Das Gesamtergebnis der Erhebung ist in folgenden Zahlen enthalten.

Table with 4 columns: Berichtswache, Vormoche, Betriebe, Arbeiter. Rows: Vollbeschäftigt, Stillgelegt, Kurzarbeit.

In der Zahl der Vollbeschäftigten trat ein Rückgang gegenüber der Vormoche ein; die Zahl der Kurzarbeiter erfuhr eine Zunahme. Dies tritt besonders hervor in den Bezirken Stettin, Brandenburg, Hamburg, Hagen, Köln, Frankfurt und Stuttgart. In allen diesen Bezirken stand einer Abnahme der Vollbeschäftigten eine Zunahme der Kurzarbeiter gegenüber.

Wie sich die Lage in den Bezirken gestaltete, zeigt die Tabelle.

Table with 10 columns: Bezirk, Betriebe, Arbeiter, Vollbeschäftigt, Stillgelegt, Kurzarbeit. Rows: Königsberg, Stettin, Breslau, Brandenburg, Dresden, Erfurt, Hannover, Halle, Hamburg, Bielefeld, Gießen, Hagen, Köln, Frankfurt/M., Stuttgart, Nürnberg, Zusammen, Vormoche.

Die besondere Erhebung über die Dauer der Kurzarbeit zeigt - analog der Zunahme der Kurzarbeit in der Gesamtzahl - ein Anwachsen der Kurzarbeiter. Die Zunahme erstreckt sich nicht auf alle Berichtswachen; am größten ist sie in der Sparte unter 24 Stunden. Maßgebend hierfür war Haus a. Saar, wo das Mannesmannröhrenwerk eine größere Zahl von Arbeitern entlassen und für den ganzen Betrieb Feuerschichten eingelegt hat. Es arbeiteten

Table with 6 columns: Stunden, Betriebe, Arbeiter, Betriebe, Arbeiter. Rows: 42 bis 45, 36 - 41, 32 - 35, 24 - 31, unter 24.

Die Zahl der erfassten Verbandsmitglieder betrug in der Berichtswache einschließlich Berlin 1613708. Davon waren 42069 arbeitslos. Das sind 2,76 v. H. gegen 2,74 v. H. in der Vormoche. Als Kurzarbeiter wurden 94815 Mitglieder ermittelt. Das sind 6,28 v. H. gegen 6,9 v. H. in der Vormoche. Die Zahl der arbeitslosen und verkürzt arbeitenden Verbandsmitglieder ist also gesunken. Als Empfänger von Reichsarbeitslosenunterstützung wurden 26336 Mitglieder gezählt. An Arbeitslosenunterstützung wurden in der Berichtswache 376979 M. ausbezahlt.

Wohltätigkeit des Großkapitals oder wie spart man Steuern

Durch Beschluß der Generalversammlung der Aktionäre der Guthhoffnungsbank vom 30. November 1920 ist ein Wohltätigkeitsfonds im Betrage von 15 Millionen Mark gebildet worden. Die Zinsen dieses Fonds sollen dazu dienen, die Arbeiterschaft in die Lage zu setzen, sich ein eigenes Heim zu bauen.

Man denke, 15 Millionen stiftet man in unelgermäßiger Weise der Arbeiterschaft. Bei näherem Zusehen sieht das Ding doch etwas anders aus. Die 15 Millionen bleiben unangetastet. Mit diesem Kapital arbeitet der Kapitalist weiter, obwohl er es scheinbar verchenkt hat. Bei der innigen Verbindung der Banken mit der Großindustrie, wie sie die vertikale Verknüpfung mit sich bringt, spielt es eine unentwärtliche Rolle, ob man einen besonderen Fonds bildet, das Geld wird aus dem kapitalistischen Kreislauf nicht ausgeschaltet. Diese 15 Millionen sind aber der Versteuerung entzogen, da Wohltätigkeitsfonds der Kapitalabgabe nicht unterliegen.

Aber der Arbeiterschaft kommen doch die Zinsen zugute. Jämohl, 4 1/2 Prozent macht im Jahre 675 000 M. Aber! - Wieviel würde die Steuer von den 15 Millionen ausgemacht haben? Würde die Summe der Versteuerung nach dem Reichsnotopfergesetz verfallen, so würden 65 Prozent dem Steuerfiskus zufließen. Dann verbleiben von den 15 Millionen nur noch 5 Millionen Mark. Warum nun dem Staat 10 Millionen in den Rücken werfen, man stiftet einen Wohltätigkeitsfonds. Dann behält man sein Geld und der Arbeiterschaft kommen dann die Zinsen zugute. Der Arbeiterschaft? Damit sind doch alle gemeint? Nein, damit kein Unwürdiger etwas bekommt, sind noch einige kleine Bedingungen damit verknüpft, wenn man dieser Wohltaten teilhaftig werden will. Es bekommt nur ein verdienter Arbeiter und Angestellter etwas von den Zinsen. Er muß mindestens 5 Jahre bei der Firma sein und mindestens 6 Kinder haben. Er bekommt nur das als Zuschuß, was das Haus und Grundbesitz teurer ist als im Jahre 1914. Das heißt, wenn das Bauen eines Häuschens 10 000 M. im Frieden gekostet hätte, so muß derjenige, der etwas aus dem Fonds haben will, erst die 10 000 M. auf den Tisch legen können.

Wir stellen also fest, daß derjenige, welcher der Wohltätigkeit der Zinsen dieses Kapitals teilhaftig werden will, folgenden Bedingungen gerecht werden muß: 1. Er muß ein verdienter Arbeiter sein, d. h. er muß in allen Situationen mit der Werkleitung durch dick und dünn gehen. 2. Er muß 6 Kinder haben. (Den Können sind natürliche Grenzen gesetzt.) 3. Er muß mindestens 5 Jahre bei der Firma beschäftigt sein. 4. Er muß 10 000 M. als Vermögen haben.

Und nun, du gutgläubiger Arbeitermann, gehe hin und suche einen solchen Musterknaben im kapitalistischen Sinne. Es wird schwer halten. Wenn er 6 Kinder hat, wird er wieder keine 10 000 M. haben. Wenn er 10 000 M. hat, wird er keine 6 Kinder haben. Wenn er 10 000 M. und 6 Kinder hat, wird er noch keine 5 Jahre bei der Firma sein. Wenn er 10 000 M. und 6 Kinder hat und 5 Jahre bei der Firma beschäftigt ist, dann ist er kein verdienter Arbeiter. Nun wollen wir annehmen, daß wir wirklich einen solchen Musterknaben finden. Er baut ein Häuschen; er erhält einen Zuschuß von 50 000 M. Mit jedem Jahr, welches er bei der Firma beschäftigt ist, wird laut Beschluß der Aktionäre automatisch 1/10 der Summe gefügt. 10 Jahre lang dauert dieses harmonische Verhältnis. Er hätte dann,

noch 25 000 M. Schulden bei der Firma. Nun gestalten sich die Verhältnisse bei der Firma herartig, daß auch ein Musterknabe unzufrieden wird. Er wagt es, mit seinen Arbeitskollegen gemeinsam für seine Interessen einzutreten. Die Firma wirft ihn, falls sie sich stark genug fühlt, auf Pfahler. Für einen solchen Fall muß er den Zuschuß, die 25 000 M. zurückzahlen. Kann er dies nicht, verfährt der Unternehmer mit ihm nach Gutdünken.

Aus den gestellten Bedingungen ersehen wir, daß der Zweck dieser sogenannten Wohltätigkeit nicht Wohltun ist, denn sonst würde man den Armen nicht von dieser Wohltat ausschließen. Ein Arbeiter mit 6 Kindern, der lange Jahre bei der Firma beschäftigt ist und sich als treu und fleißig erwiesen hat, bekommt nichts, weil er so dumme was, so wenig zu verdienen, daß er bei 6 Kindern keine 10 000 M. sparen konnte. So etwas wagt man der Arbeiterschaft anzupreisen. Die Bedingungen sind so gestellt, daß nur einige sogenannte bessergestellte Arbeiter und Angestellte etwas bekommen können. Diese dienen als Reklameschilder, um der stauenden Wirkwelt die Wohltätigkeit des Großkapitals zu verlinken. Warum hat die Guteshoffnungsbank den Verbandsrat kein Mitverwaltungsrecht an diesem Fonds eingeräumt? Es ist doch der Mehrwert, den der Fleiß der Arbeiterschaft geschaffen hat. Nein, das wollen diese Herren nicht, es soll ein Gnadengeld sein. Wer hat Lust, dieses Gnadengeldchen teilhaftig zu werden? S. Brünting.

Der Verband der Optikergehilfen Deutschlands tritt am 1. April d. J. zum Deutschen Metallarbeiter-Verband über.

Wir heißen die Kollegen in unseren Reihen herzlich willkommen. Handelt es sich beim Verband der Optikergehilfen auch nicht um allzu große Mitgliederzahlen - etwa 800 - so ist doch der Übertritt zu unserer Organisation als ein Grad des Fortschritts lebhaft zu begrüßen. Die Erkenntnis muß sich bei allen Klassenbewußten Arbeitern Bahn brechen, daß gegenüber den starken, sich immer mehr zu einheitlichen Kampfororganisationen gegen die Arbeiter konzentrierenden Unternehmerorganisationen auch die Arbeiter zugehen müssen, ihren Zusammenschluß in großen, gut ausgebauten Klassenorganisationen des Proletariats zu vollziehen, die in umfassender Form aufgebaut sein müssen nach Industriegruppen, als Industrieverbände. Daß auch in einer großen Industrieorganisation die Rechte und Interessen der einzelnen Berufsgruppe wirksam vertreten und gewahrt werden können, hat der Deutsche Metallarbeiter-Verband hinlänglich bewiesen. Nichtsdestoweniger sind wir gerade jetzt wieder mit Eifer dabei, innerhalb unserer großen Industrieorganisation die Einrichtungen des Verbandes auszubauen, damit sie allen Anforderungen, und so auch denen jeder einzelnen Berufsgruppe, vollauf und nach allen Seiten hin gerecht werden können.

Der Verband der Optikergehilfen Deutschlands wurde im Jahre 1908 gegründet, nachdem ihm ein Jahr zuvor in Berlin und anderen Orten die Gründung einzelner Ortsgruppen vorausgegangen war. Die am 1. April d. J. zum D. M. A. übertretenden Kollegen werden mit den vollen Rechten, die sie in ihrer bisherigen Organisation erworben haben, übernommen. Übertritte können nur entgegengenommen werden, wenn das Mitgliedsbuch die Zahlung der geleisteten Beiträge bis zum 31. März d. J. nachweist und uns vom Zentralvorstand des Verbandes der Optikergehilfen bestätigt wird, daß für die sich zum Übertritt meldenden Kollegen die Abrechnung mit dem Vorstand des Verbandes der Optikergehilfen erfolgt. Die Mitglieder des Verbandes der Optikergehilfen reichen ihr bisheriges Mitgliedsbuch zum Übertritt bei der zuständigen Ortsverwaltung des D. M. A. ihres Wohnortes ein. Wo Ortsgruppen des Verbandes der Optikergehilfen bestehen (zum Beispiel Berlin, Breslau, Leipzig, Südwestfalen, Hamburg, Hannover, Halle, Kassel, Dortmund, Köln, Mainz, Wiesbaden, Karlsruhe, Stuttgart), geschieht dies durch die Ortsvorstände resp. Vertrauensleute, dort, wo nur Einzelmitglieder des genannten Verbandes in Frage kommen, durch die einzelnen Mitglieder selbst. Der Übertritt soll möglichst einseitlich bis zum 1. April vollzogen werden. Nach dem 30. April können unter Anrechnung der vollen Mitgliedschaft keine Übertritte mehr entgegengenommen werden.

Hoffentlich ist die Zeit nicht mehr allzu fern, wo wir sagen können: Die Vereinigung aller innerhalb der einzelnen Zweige der Metallindustrie Beschäftigten hat sich innerhalb des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes vollzogen. Kollegen, wirkt in diesem Sinne!

Mitteilungen des Vorstandes

Mit Sonntag den 27. März ist der 14. Wochenbeitrag für die Zeit vom 27. März bis 2. April 1921 fällig.

Bei Zuschriften in Verbandsangelegenheiten ist stets die allgemeine Adresse: Vorstand des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes, Stuttgart, Röntgenstraße 16 A, zu verwenden, da bei Zuschriften an einzelne Vorstandsmitglieder bei deren Ortsabwesenheit unliebsame Verzögerungen nicht zu vermeiden sind.

Die Erhebung von Extrabeiträgen wird nach § 6 Abs. 7 des Verbandsstatuts folgenden Verwaltungen in der angegebenen Höhe geschmigt:

Table with 4 columns: Verwaltung, Für die Mitglieder der Beitragsschläge I, II, III, Beginn der Beitragszahlung. Rows: Greifswald, Oberstein, Vegeack.

\* Für Stammarbeiter. Die Nichtbezahlung dieser Extrabeiträge hat Entziehung statutarischer Rechte zur Folge.

Aufforderung zur Rechtfertigung:

Die nachfolgend genannten Mitglieder werden nach § 23 Abs. 3 des Statuts aufgefordert, sich gegen erhobene Beschuldigungen zu rechtfertigen.

Auf Antrag der Verwaltungsstelle Berlin: Der Schlosser Friedrich Jache, geb. am 9. August 1888 zu Berlin, Mitgliedsbuch Nr. 2.886414, wegen betrügerischer Manipulationen mit Sammelmarken.

Auf Antrag der Verwaltungsstelle Friedenschichte: Der Schlosser Karl Hübscher, geb. am 23. April 1899 zu Neuborf, Mitgliedsbuch Nr. 2.897522, wegen Nichtabrechnen mit Beitragsmarken;

der Arbeiter Werner Wolf, geb. am 20. August 1892 zu Bornhoved, Mitgliedsbuchausweis Nr. 887 970, wegen Nichtabrechnen mit Beitragsmarken und Nichtablieferung von Büchern der Verbandsbibliothek.

Auf Antrag der Verwaltungsstelle Landsberg a. W.: Der Hilfsarbeiter Hugo Fenger, geb. am 12. Mai 1899 zu Schwerin, Mitgliedsbuchausweis Nr. 939903, wegen Unterschlagung.

Ausgeschlossen werden nach § 22 des Statuts: Auf Antrag der Verwaltungsstelle Berlin: Der Transportarbeiter Max Waldhubel, geb. am 20. Januar 1890 zu Berlin, Mitgliedsbuch Nr. 3.399642, wegen Unterschlagung von Sammelgeldern.

Auf Antrag der Verwaltungsstelle Bochum: Der Schlosser Willi Blockdorf, geb. am 2. Mai 1897 zu Landsberg a. W., Mitgliedsbuch Nr. 3.826572, wegen unzulässigen Verhaltens und Diebstahl.



